

# Knapp am vierten Sparpaket vorbei

Nach einer zweieinhalbstündigen Debatte hat der Landtag gestern Nachmittag die Finanzplanung 2016 bis 2019 zur Kenntnis genommen. Die Eckwerte des Finanzleitbildes konnten nur knapp eingehalten werden. Damit kann vorerst auf ein viertes Sparpaket verzichtet werden.

GÜNTHER FRITZ

**VADUZ.** FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend hielt in einer Fraktionserklärung gleich vorweg als Positivum fest, «dass der Finanzminister es geschafft hat, den Staatshaushalt bereits früher, als es die letztjährigen – jeweils auf vier Jahre ausgerichteten – Finanzplanungen prognostiziert haben, in Richtung ausgeglichenen Staatshaushalt zu steuern».

## Strenges Kostenmanagement

Wer nun denke, dass sich Regierung und Landtag bereits zurücklehnen können, liege jedoch falsch, betonte Christine Wohlwend. Es bedürfe auch künftig eines stringenten Kostenmanagements und nach wie vor des Bestrebens, die Aufwandseite konsequent zu minimieren sowie auf der Einnahmenseite für beste Rahmenbedingungen zu sorgen, damit diese längerfristig gefestigt und erhöht werden können.

In der vierjährigen Planungsperiode 2016-2019 zeige die Entwicklung des betrieblichen Aufwands, dass dieser auch in der nahen Zukunft deutlich höher liegt, als der betriebliche Ertrag. Nur dank des erwarteten Finanzergebnisses, welches in der längerfristigen Finanzplanung mit einer Standardrendite von 2,5 Prozent rechnet, werde in der Erfolgsrechnung ab dem Jahr 2018 mit einem Plus von 27 Mio. Franken sowie im 2019 mit einem Plus von 42 Mio. Franken gerechnet, sagte die FBP-Fraktionssprecherin.

## Eckwerte stehen an der Kippe

Die fünf Eckwerte des Finanzleitbildes würden eingehalten, allerdings zum Teil mit ausgesprochen wenig Spielraum, sagte VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser. Insbesondere Eckwert eins, der im Durchschnitt der Finanzplanungsperiode ein positives Erfolgsrechnungsergebnis verlangt und Eckwert zwei, der ebenfalls im Durchschnitt der Finanzplanungsperiode ein höheres Wachstum der Erträge als der Aufwendungen verlangt, stünden ziemlich nahe der Kippe. «Ein Massnahmenpaket IV ist nicht sehr weit entfernt, sondern wir sind gerade mal daran vorbei geschrammt, vielleicht eben auch dank des finanzplanerischen Spielraums der Regierung», führte Christoph Wenaweser dazu aus.

## Betriebliches Defizit

Das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit des Staates bleibt nach den Ausführungen von Christoph Wenaweser über



Bild: Daniel Ospelt

VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser: «Ein Massnahmenpaket IV ist nicht sehr weit entfernt, sondern wir sind gerade mal daran vorbei geschrammt.»

die ganze Finanzplanungsperiode hinweg bis und mit 2019 defizitär: 80 Millionen sind es im 2016, 100 Millionen im 2017, 40 Millionen im 2018 und immer noch 27 Millionen im 2019. «Meine immer wieder gestellte Frage, ob die Dividenden und Gewinnabschöpfungen aus staatsnahen Unternehmen nicht vom Finanzergebnis in die Betriebsrechnung übernommen werden könnten, da es sich hier tatsächlich um unternehmerische Tätigkeiten des Staates handelt, ist nach wie vor unbeantwortet», sagte der VU-Fraktionssprecher. Dies wäre aber nicht unlauter und könnte allenfalls zu einer dauerhaften Sen-

kung des Primärdefizits beitragen.

## PVS-Strukturen und Trusts

Bei den rund 90 Prozent der betrieblichen Erträge ausmachenden Steuereinnahmen hoffe die Regierung weiterhin auf durchschnittlich 3000 Franken Steuereinnahmen pro ordentlich besteuerte ehemalige Sitzgesellschaft. Christoph Wenaweser hofft sehr, dass diese Hoffnung nicht enttäuscht wird. Die Mindestertragssteuer für PVS-Strukturen und Trusts wolle die Regierung gemäss Finanzplanung weiterhin unangetastet bei 1200 Franken im Jahr belassen. Die Quellensteuereinnah-

men hätten nach den diesbezüglich gescheiterten Verhandlungen mit der Schweiz leider wieder aus der Finanzplanung gestrichen werden müssen.

## Ämter überprüfen

Die Personalkosten würden sich weiterhin in der Gegend von 214 bis 218 Millionen Franken bewegen. «Diese grösste einzelne Ausgabenposition der Betriebsrechnung des Staates bleibt damit ab 2014 bis 2019 weiterhin leicht steigend», betonte Christoph Wenaweser. Er fragte den Regierungschef, ob das Projekt zur Überprüfung aller Ämter, welches bereits seit einiger Zeit laufe, inzwischen

keinen Anlass zur Hoffnung mehr gebe, dass der Staatsapparat von innen heraus eine gewisse Verschlinkung erfährt.

## Für Personal-Abwärtstrend

Auch der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser nahm die Personalentwicklung ins Visier: «Durch Fluktuationen, interne Stellen-Umversetzungen bei frei werdenden Stellen, Nicht-Nachbesetzung bei Pensionierungen und durch die Reflexionsbestrebungen in den Verwaltungs-Bereichen, welche auch einen Verzicht auf gewisse Aufgaben-Ausführungen einschliessen, die nicht notwendig sind oder die die Privatwirtschaft überneh-

men kann, sollte es möglich sein, die betriebliche Aufwandseite beim Personalaufwand mit einem – mindestens moderaten – Abwärtstrend zu gestalten.»

## Auf tönernen Füßen

Die Finanzplanung steht auf tönernen Füßen, die zudem auf Treibsand errichtet sind», kommentierte der FL-Abgeordnete Thomas Lageder die Finanzplanung 2016 bis 2019. Die Voraussetzungen, dass die Eckpunkte des Finanzleitbildes eingehalten werden, seien mit viel Unsicherheit belastet. Vorausgesetzt sei die Reduktion des Staatsbeitrags an die AHV auf 20 Mio. Franken ab 2017, eine Durchschnittsrendite von 2,5 Prozent jährlich auf die extern verwalteten Vermögen sowie ein Finanzergebnis von Minimum 68 Mio. Franken jährlich.

Vorausgesetzt sind nach den Ausführungen von Thomas Lageder weiter keine Lohnanpassungen bei der Landesverwaltung, geringe Investitionen in die Infrastruktur, zusätzliche freiwillige Einnahmen im Zusammenhang mit den ehemaligen Sitzgesellschaften und eine vorsichtig optimistische Wirtschaftsentwicklung. «Wenn nur einer dieser Parameter, die Aufzählung ist nicht abschliessender Natur, nicht eintritt, dann wird das Finanzleitbild verletzt», sagte Thomas Lageder. Die Unsicherheiten seien eklatant.

## Realistische Einschätzung

Regierungschef Adrian Hasler erklärte mit Blick auf die letzten Finanzplanungen, die immer besser ausgefallen seien, dass die entsprechenden Einschätzungen nicht zu optimistisch, sondern realistisch seien. Auf die von einigen Abgeordneten aufgeworfene Frage, welche Konsequenzen es hätte, wenn zum Beispiel der AHV-Staatsbeitrag nur auf 30 und nicht auf 20 Mio. Franken gekürzt würde, betonte der Regierungschef, dass dies auf die aktuelle Finanzplanung keinen Einfluss habe. Geänderte Parameter würden wieder in der nächsten Finanzplanung eingerechnet werden. Zum Projekt der Überprüfung der Ämter und Aufgaben sagte Adrian Hasler, dass dies ein umfangreiches Projekt sei. Grosse Würfe seien dabei schwierig. Zu den Inhalten eines im Moment gerade noch abgewendeten vierten Massnahmenpakets sagte der Regierungschef, dass diesbezüglich alles keine Freude machen würde. Weitere Kürzungen im Bereich LIEmobil, Universität, OKP-Staatsbeitrag oder Staatspersonal auf der einen Seite und Steuererhöhungen auf der anderen Seite würden die Bevölkerung erneut empfindlich treffen.